

# ESSAY

## DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UND DIE HOCHSCHULEN AKADEMISIERT SCHRUMPFEN



▲ Professor Peer Pasternack ist Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. Der Sozialwissenschaftler war unter anderem Gründungsgeschäftsführer der Leipziger Universitätsverlag GmbH, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung im Senat Berlins sowie Forschungsdirektor des HoF. In seiner Forschung befasst sich Pasternack unter anderem mit den Themen Hochschulorganisation und -reform, Qualitätsentwicklung sowie Bildung im demografischen Wandel.

Für die Hochschulen scheint die Rede vom demografischen Wandel derzeit etwas paradox: Die Nachwachsenden werden weniger, aber die Studierenden mehr. Allerdings: nicht an jedem Ort und nicht in jedem Studiengang. Denn der demografische Wandel verläuft regional selektiv und mit unterschiedlicher Intensität.

Raumbezogen bewirkt der demografische Wandel eine Polarisierung in demografische Schrumpfungsbereiche einerseits und Wachstumszonen bzw. -inseln andererseits. Die Bevölkerungsentwicklungen korrespondieren mit den jeweiligen wirtschaftlichen Situationen. In der Perspektive der Regionalentwicklung ergeben sich so Prosperitätszonen bzw. -inseln und Stagnations- bzw. Abschwungkorridore. Manche Gegenden in Deutschland sind mittlerweile so dünn besiedelt, dass sie nach UN-Kriterien als unbewohnt gelten.

In den demografisch besonders herausgeforderten Regionen gibt es eher kleine oder keine Hochschulen, folglich auch keine hohe Studierendendichte. Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft, ebenso das derartige Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkundemuseums repräsentiert als durch Max-Planck-Institute. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen nur ausnahmsweise vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an FuE-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung. Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird durch ein traditional-bildungsbürgerliches Milieu dominiert statt durch innovationsgeneigte Avantgardisten.

Ungebrochen hingegen ist der Drang in die Städte, darunter insbesondere die großen. Damit ist

die für Hochschulen wichtigste Entwicklung benannt. Während sich Fertilität und Mortalität, das heißt vor allem das Ansteigen der Lebensalter, überall ähnlich entwickeln, ist die Mobilität sehr unterschiedlich: Studentische Zuwanderung in die Städte geht einher mit Abwanderung aus ländlich geprägten, am stärksten aus peripheren, das heißt entwicklungsdefizitären Regionen.

In den Problemregionen stellen Hochschulen, da öffentlich finanziert, die einzigen stabilen Einrichtungen dar, die ihre Sitzregionen an die überregionalen Kontaktschleifen des Wissens anschließen und junge Leute mit gesteigerten Bildungsaspirationen in der Region halten können. Sie sichern damit die Resonanzfähigkeit der Regionen für wissensbasierte Entwicklungen oder stellen diese her. Sie sind dort ein zentrales Verödungshemmnis. Auch heute schon macht den Hochschulen in diesen Regionen Abwanderung zu schaffen, nämlich in weniger nachgefragten Studiengängen, die zum Teil mit Unterauslastungssituationen konfrontiert sind. Insgesamt aber verteilen sich gegenwärtig die Studierenden so, dass fast alle deutschen Hochschulen im Durchschnitt ihrer Fächer gut bis überausgelastet sind. Dabei handelt es sich in vielen Regionen allerdings um Überlauftreffpunkte. Sobald sich die Studiennachfrage nur ein wenig entspannt, ist eines zu erwarten: Das traditionelle (Im-)Mobilitätsverhalten der Studienanfänger wird wieder zum Tragen kommen. Herkömmlich studieren etwa 70 Prozent der Studierenden im 100-Kilometer-Umkreis ihres Heimatortes, sobald sie dort nur einen ihrer Wunschstudiengänge vorfinden.

Die Studienanfängerprognosen sowohl der Kultusministerkonferenz (KMK) als auch des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) sagen für die nächsten Jahre eine gewisse Entspannung der Studiennachfrage voraus. Gab es 2012 bundesweit 493.500 Studienanfänger- und -anfängerinnen, so werden für 2015 467.000 (KMK) bzw. 453.000 (CHE) prognostiziert, für 2020 449.500 (KMK) bzw. 425.000 (CHE). Damit besteht die Aussicht, dass sich in vielen Studiengängen die Überlast reduzieren wird.

Der Rückgang der Studiennachfrage wird jedoch kaum die Großstadthochschulen betreffen. Sie verfügen über eine ungebrochene Anziehungskraft, weil sie in einer Großstadt sitzen. Das heißt zugleich: Ihre Attraktivität resultiert weniger aus ihrer Leistungsstärke – welche die Studienanfänger und -anfängerinnen in der Regel nicht angemessen einschätzen können. Sie resultiert vielmehr aus dem Image der Stadt, der richtige Ort für eine selbstbestimmte Lebensphase zu sein. Etwas burschikos zugespitzt: Um diesen Standortvorteil zu erhalten, müssen die Großstadthochschulen lediglich darauf achten, dass ihr jeweiliges Hochschulimage das Stadtimage nicht so dramatisch unterschreitet, dass es zu negativen Überlagerungseffekten käme. Nachfrageprobleme jedenfalls sind für Großstadthochschulen nicht zu erwarten, allenfalls eine gewisse Entspannung der Überlast.

In einer anderen Hinsicht jedoch dürften auch die Hochschulen in großen Städten den demografischen Wandel zu spüren bekommen: Absehbar steigert sich die Heterogenität der Studierendenschaft. Die Ursachen: Mobilität als einer der drei Faktoren der demografischen Entwicklung ist nicht allein Binnenmobilität, sondern auch Zuwanderung von außen. Eine entsprechende Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung vollzieht sich seit Jahrzehnten. Obwohl es hier noch Handlungsbedarf gibt, erhöhen sich mittlerweile in den zweiten und dritten Zuwanderergenerationen spürbar die erworbenen Studienberechtigungen. Daneben gibt es demografische Sekundäreffekte mit Auswirkungen auf die Hochschulen: die Zunahme von Studierenden mit Kindern infolge der Pluralisierung von Lebensentwürfen; der verstärkte Drang nach Hochschulbildung im Alter als Ausdruck gesteigerter Teilhabewünsche der „jungen Alten“; die zunehmende Zahl von Studierenden, die in familiäre Pflegeaufgaben eingebunden sind; Rückkehrer aus dem Beruf an die Hochschule, etwa für ein Masterstudium.

Gesteigerte Heterogenität der Studierenden birgt erhöhte Studienabbruchrisiken. Hier entsteht die Aufgabe, die Heterogenität zu verarbeiten, ohne die Studienabbrecherzahlen steigen zu lassen.

Eine konkurrierende Position dazu ist, dass die Studierendenzahlen insgesamt zu hoch seien und auf ihre Reduzierung hingewirkt werden müsse. Das drückt sich etwa in der populären Ansicht aus, ein Drittel der Studierenden sei gar nicht studierfähig. Allerdings war diese Meinung bereits im 19. Jahrhundert verbreitet. Damals besuchte ein Prozent eines Altersjahrgangs (zwei Prozent der jungen Männer, Frauen durften noch nicht studieren) eine Universität. Heute sind es über 40 Prozent. Man wird daher vermuten können, dass die Neigung verbreitet ist, jeweils das leistungsschwächste Drittel der Studierenden als nicht studierfähig einzuschätzen.

Ob es zu viele Studierende gibt, wird man eher im Lichte wissenschaftlicher Entwicklungen betrachten müssen. Die Komplexität der Berufsrollen nimmt zu. Es ist normal, im Berufsleben folgelsichtige Entscheidungen treffen zu müssen, das heißt solche Entscheidungen, die nicht nur für einen selbst, sondern für große Gruppen von Menschen Wirkungen entfalten. Permanent sind im beruflichen Handeln Normenkonflikte auszutragen, etwa zwischen Effektivität und Nachhaltigkeit oder zwischen Haushaltsdisziplin und Sozialverträglichkeit. Daher nimmt im beruflichen Alltag die Notwendigkeit zu, Situationen jenseits der Routine zu bewältigen. Eine Kontaktinfektion mit Wissenschaft gilt als Voraussetzung, um berufliche Rollen ausfüllen zu können, für die Checklistenwissen nicht genügt. Insofern sind wohl zwei Probleme zu trennen: der gesellschaftliche Qualifikationsbedarf einerseits und die Eingangsvoraussetzungen, mit denen Studienanfängerinnen und -anfänger von Familie und Schule ausgestattet werden, andererseits. Der Qualifikationsbedarf bildet sich darin ab, dass das Beschäftigungssystem seit Jahrzehnten die steigenden Akademikeranteile absorbiert, ohne die Einkommensvorteile der akademisch Ausgebildeten gegenüber Nichtakademikern abzubauen. Marktökonomisch formuliert: Die Nachfrage passt sich an das steigende Angebot an, aber nicht zu fallenden Preisen.

Die unzulängliche Vorbereitung auf ein Studium hingegen stellt ein Problem dar, das nicht die Hochschulen lösen können, sondern gesellschafts- und schulpolitisch zu bearbeiten ist. Die Lösung zu unterlassen, würde gerade in der demografischen Schrumpfungssituation, in der sich Deutschland befindet, auf eine Absenkung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus der Bevölkerung hinauslaufen. Getestet worden ist so etwas noch nicht. Einen entsprechenden gesellschaftlichen Großversuch zu starten hat bislang kein Land unternommen (abgesehen von Kambodscha unter den Roten Khmer mit der Massenliquidierung seiner Akademiker). Ob sich Deutschland diesen ergebnisungewissen Test leisten sollte, mag hier als offene Frage diese Wortmeldung beschließen.



WISSENSCHAFT IN FILM UND FERNSEHEN  
**ZWISCHEN FAKTEN  
UND FIKTION**